

---

**NEWS**

---

**Energiespeichertechnologien: Alternative zum Netzausbau**  
Hochschule erhält 80.000 Euro für Energieprojekt

**16.09.2016** | Das baden-württembergische Umweltministerium fördert drei zukunftsweisende Projekte aus dem Bereich Intelligente Stromnetze und Energiespeicher. Die Hochschule Aalen erhält gemeinsam mit der Universität Stuttgart insgesamt 390.000 Euro für das Projekt „NEOS: Netzausbaureduzierung durch Speichereinsatz im Verteilnetz am Beispiel Netzverstärkung Ostalbkreis“. Dr. Martina Hofmann, Professorin für Erneuerbare Energien an der Hochschule Aalen, wird den Einsatz von Energiespeichern unter regulatorischen Aspekten beleuchten und parallel Erhebungen zur Bürgerbeteiligung durchführen.

Im Rahmen der energiepolitischen Ziele Deutschlands wird es auch in Baden-Württemberg zu einem Ausbau der Energienetze kommen, eine in vielen Teilen der Bevölkerung kontrovers diskutierte Maßnahme. Erstes Ziel der geförderten Durchführbarkeitsstudie ist es, den realen Betrieb von dezentralen Speichern im Hoch- und Mittelspannungsnetz zu untersuchen. Das Konsortium aus Universität Stuttgart, Hochschule Aalen, Netze BW und der Netzgesellschaft Ostwürttemberg DonauRies GmbH will zeigen, inwieweit der Einsatz von großen und kleinen Speichern den konventionellen Netzausbau verringert oder sogar überflüssig werden lässt. Denn aus energietechnischer Sicht – aber auch aus juristischer, regulatorischer und wirtschaftlicher Perspektive – sind hier noch viele Fragen offen. Das Projekt wird mit insgesamt 390 000 Euro gefördert, 80 000 Euro davon erhält die Hochschule Aalen.

Der zweite Teil des Forschungsprojektes, das eine Laufzeit von 28 Monaten hat, widmet sich der Bürgerpartizipation. Zu Beginn des Projektes werden die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an den Einsatz von dezentralen Speichern erhoben. Diese werden dann abschließend mit den Untersuchungsergebnissen verglichen und veröffentlicht werden. „Die Bevölkerung in den Netz- und Speicherausbau einzubeziehen und zu beteiligen, ist unbedingt notwendig, um so die Akzeptanz der Maßnahmen zu fördern“, so Prof. Dr. Martina Hofmann.